

Paß auf, was du sagst

Meinungsfreiheit im Internet: Das NetzDG soll verschärft werden und sitzt Modell für Europa

Michael Paulwitz

Es riecht nach Orwell. Wer einen illegalen Einwanderer einen illegalen Einwanderer nennt, soll im US-Bundesstaat New York künftig mit saftigen Geldstrafen von bis zu einer Viertelmillion Dollar belegt werden können. So will es eine ominöse „Kommission für Menschenrechte“, die auch noch weitere neue Delikte auflistet: Zum Beispiel, wenn jemand eine Person aufgrund deren Herkunft auffordert, in ihre Heimat zurückzukehren.

Vordergründig reiht sich dieser Vorstoß in das übliche linke Anti-Trump-Gehabe ein: Da haben wir es dem Präsidenten aber wieder mal gegeben für seine Attacke auf zwei islamistische demokratische Kongreßabgeordnete. Dahinter steckt aber mehr: In der ganzen Welt sind die Meinungskontrolleure auf dem Vormarsch, die mit fragwürdigen Gesetzen und staatlichen Zwangsmitteln die Grenzen des Sagbaren enger ziehen und die Grenzen des Strafbaren ins Ungewisse ausweiten.

Deutschland nimmt hier eine unrühmliche Vorreiterrolle ein. Das Gesetzesmonster mit dem sperrigen Namen „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ („NetzDG“), das vor nunmehr zwei Jahren in Kraft getreten ist, hat die Marschrichtung markiert: Mißliebige Meinungsäußerungen sollen im Schnellverfahren, unter Umgehung des rechtsstaatlich vorgesehenen Justizweges, aus den sozialen Medien entfernt werden.

Die Behauptung, damit Gesetzeslücken schließen und „rechtsfreie Räume“ verhindern zu wollen, war von Anfang an ein Vorwand. Beleidigung, üble Nachrede, Volksverhetzung waren auch ohne NetzDG strafbar, es mangelte gegenüber den Betreibern sozialer Netzwerke nur häufig an der Durchsetzungsfähigkeit.

Statt dem realen Mißstand abzuwehren und sich beispielsweise darauf zu beschränken, die Angabe ladungsfähiger Anschriften im Geltungsbereich des deutschen Strafrechts rechtsverbindlich zu machen, hat das NetzDG die Verantwortung für die Löschung anstößiger Inhalte an die Betreiber delegiert. Die wiederum greifen für die Exekution auf juristische Laien oder aber zweifelhaft legitimierte Privatorganisationen zurück.

Das Ergebnis war absehbar: Willkürliche und vorauseilende Sperrungen und Löschungen durch Facebook, Twitter und Youtube, um Strafzahlungen gar nicht erst zu riskieren. Nachvollziehbar orientieren sich die Unternehmen dabei an den angenommenen Erwartungen der Regierungen: Bei Einwanderungs-, Islam- und Multikulturalismus-Kritik schnappt die Schere zu, bei linkem und muslimischem Antisemitismus oder islamistischer Gewalt- und Terrorverherrlichung läßt man gern auch mal fünf gerade sein.

Das Bundesjustizministerium leugnet diese Effekte; gleichzeitig scheinen sie der Nachfolgerin von NetzDG-Macher Heiko Maas, Christine Lambrecht (SPD), nicht weit genug zu gehen. Lambrechts Pläne zur Verschärfung des NetzDG zielen auf die Schaffung eines juristischen Paralleluniversums, in dem mit Gummiparagrafen wie „Kampf gegen Haß und Hetze“ der Gesinnungsbestrafung Tür und Tor geöffnet wird.

Vorgesehen sind nicht nur vereinfachte „Meldewege“ und Informationspflichten der Plattformbetreiber an die Strafverfolgungsinstanzen, sondern auch eine eigene Ermittlungsbehörde. Die Ermittler sollen dann von sich aus tätig werden, zunächst nur bei Officialdelikten.

Auch da sind allerdings die Grenzen im Fluß: Hessens schwarz-grüne Landesregierung etwa will erreichen, daß auch „Beleidigung im Internet“ zu einem solchen Officialdelikt wird, bei dem die Behörden unabhängig von der Anzeige eines Betroffenen ermitteln müssen. Daß dabei der Rechtsrahmen von strafrechtlich eindeutigen Beleidigungstatbeständen ins Schwammig-Subjektive ausgeweitet werden soll, ergibt sich schon aus dem selbstgesetzten Anspruch der hessischen Schwarz-Grünen, im Kampf gegen „Haßrede“ eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Hamburgs grüner Justizsenator Till Steffen wiederum wünscht sich gleich ein europaweites NetzDG. Auch dieser Zug steht bereits unter Dampf. Frankreichs Gesetz „gegen Haß im Internet“ übertrifft das deutsche Vorbild noch mit weitergehenden Löschverpflichtungen und noch höheren Strafandrohungen. Digital-Staatssekretär Cédric O sieht in dem französischen Gesetz, das eine „Beobachtungsstelle“ und eine spezialisierte Staatsanwaltschaft für „digitale Haßinhalte“ vorsieht, ein Modell für die EU.

Dafür stehen die Chancen nicht schlecht. Denn Brüssel arbeitet schon an „Aktionsplänen“ und Verhaltensrichtlinien zur Bekämpfung von Haßrede und „Desinformation“. Ganz im Sinne des UN-Migrationspakts, der die Verpflichtung auf die Verbreitung eines positiven Bildes von Migration kodifiziert hat. Und diesem Ziel steht die Freiheit der Meinungsäußerung nun einmal im Wege.

Daß es im Kern nicht um vermeintliche Rechtslücken geht, sondern um die Beschneidung der Meinungsfreiheit, lassen Linksintellektuelle ganz offen durchblicken. „Redefreiheit tötet“, schreibt beispielsweise New York Times-Autor Andrew Marantz. Der angebliche Zusammenhang zwischen sogenannter „Haßrede“ im Netz und einzelnen spektakulär herausgehobenen Gewalttaten bleibt unbewiesene und unbeweisbare Zweckbehauptung. Die Absicht dahinter ist offensichtlich: Wer anderen vorschreiben kann, was zu denken und zu reden erlaubt sein soll, sichert sich Diskurshoheit und dadurch reale gesellschaftliche Macht.

Nicht umsonst stammt der Begriff „Hetze“ aus dem Repertoire sozialistischer Willkürjustiz, in der jeder jederzeit abgeurteilt werden konnte. Wer eine Situation

schaft, in der niemand mehr wissen kann, für welche Äußerungen er vor Gericht gezerrt werden kann, strebt in letzter Konsequenz eine Gesinnungsdiktatur an.

„Wehret den Anfängen“? Wir sind schon mittendrin. Widerstand ist Bürgerpflicht.

Biomärkte schmeißen AfD-Hirse raus

Verkaufsboykott: Kritik an Windkraft und Klimaschutzkonzepten hat wirtschaftliche Konsequenzen / „Strategische Unvereinbarkeit“

Mathias Pellack

Die Leipziger Lebensmittelkette Biomare hat Produkte der Spreewälder Hirsemühle aus dem Sortiment genommen. Alnatura und Bio Company sind dem Beispiel gefolgt. Was erst einmal nach einem Routinevorgang klingt, ist doch ein Zeichen der gegenwärtigen politischen Verspannungen. „Ausgelistet“, wie Biomare schreibt, wurden die Produkte, weil Hirsemühle-Chef Jan Plessow AfD-Kreisvorstandsbeisitzer in der Region Spree-Neiße ist.

Dies widerspreche der „wichtigsten Aufgabe von Biomare“, nämlich „ein nachhaltiges Sortiment zusammenzustellen“, erläutert die Kette mit drei Filialen ihren Kunden. Das leuchtet nicht jedem sofort ein, deshalb erklärt Geschäftsführer Malte Reupert: Die AfD „leugnet den menschengemachten Klimawandel“. Und durch die Funktion in der Partei stelle sich „der maßgebliche Entscheider der Spreewälder Hirsemühle gegen die Werte der Biomare und der gesamten Bio-Branche“.

Plessow lacht, als er von der JUNGEN FREIHEIT mit dem Vorwurf konfrontiert wird. Er erzählt von seiner Biomasse-Heizung und sagt: „Ich habe hier vor 15 Jahren angefangen, mit ein paar Biobauern die Hirse in Deutschland wieder einzuführen. Im Vordergrund stand damals ökologisch zu wirtschaften, ohne Spritzmittel und ohne Ackergifte. Es ging um Artenschutz, Vielfalt, Ökolandwirtschaft und regionale Produktion. Daß das auch gut für das Klima ist, ist ja eine zwangsläufige Folge schon allein durch die kurzen Transportwege.“

Für Reupert, dessen Vater evangelischer Pfarrer und überzeugter Marxist war, reicht das nicht. Nachhaltigkeit sei nicht einfach ein „Prinzip, nach dem nicht mehr verbraucht werden darf, als jeweils nachwachsen kann“, wie es der Duden definiere. Es umfasse „vier Themenkreise mit 54 Unterthemen – eins davon ist Klimaschutz“. Biozertifiziert und regional seien zwei weitere. „Bei regional sehe ich noch nicht, warum dies an sich – über das Heimatgefühl hinaus – überhaupt ein Kriterium für Nachhaltigkeit sein soll.“ Zweifel sind wohl okay, nur muß die politische Richtung stimmen.

Biomare hat nicht erstmals rein politisch ausgelistet

Reupert arbeitete jahrelang für die Grünen, ist aber mittlerweile inaktiv. Daher komme seine Ablehnung aber nicht: „Ich habe diese Entscheidung öffentlich gemacht, weil wir dies immer tun, wenn wir aus Gründen der strategischen Unvereinbarkeit auslisten.“ Der Fairneß halber und um zu zeigen, daß er gesprächsbereit ist, hatte der Biomare-Gründer vorab Plessow mit seinen Vorwürfen konfrontiert. „Bis zur Veröffentlichung am 26. Juli haben Sie gern Gelegenheit, eventuelle Irrtümer oder falsche Schlußfolgerungen aufzuklären. Für einen konstruktiven Dialog stehen wir zur Verfügung.“ Plessow schrieb „in der Hoffnung, noch auf ein Fünkchen demokratisch-freiheitlichen Restverständes zu stoßen“, ein durchaus emotionales Antwortschreiben mit fast 20.000 Zeichen, fast 4.500 Wörtern, fast fünf Seiten A4-Blätter, auf denen er seine Sicht auf Flüchtlinge und den Klimawandel und die AfD erklärt. „Mit Erstaunen muß ich ihre offensichtlich linksradikale persönliche Einstellung zur Kenntnis nehmen.“

Er nennt das Schreiben von Reupert einen „Fall für den öffentlichen Pranger und/oder den Verfassungsschutz, als daß darauf noch reagiert werden sollte“. Er versuche es aber trotzdem. „Klimaschutz ist aussichtslos.“ Die bisherigen Bemühungen hätten nichts gebracht. Zusätzlich machten die installierten Windräder Menschen in den nahen Dörfern krank. Der Schaden der Windräder an Vögeln und Insekten sei skandalös. Reupert antwortete, zielte wie er sagt „nur eben nicht auf die sachliche Ebene“. Er schrieb: „Sie sind zutiefst gekränkt“, und „ehrlich gesagt sind Ihre Unterstellungen so absurd und paranoid, daß Sie mich damit zum Schmunzeln gebracht haben“.

Auf Nachfrage nennt er die Positionen von Plessow weiter „indiskutabel“: „So eine Gesprächsführung ist eben keine Argumentation, das ist ein Versuch einer Macht- und Überlegenheitsdemonstration“, sagt er der JF. Immerhin übt Reupert Selbstkritik: „Leider findet sich so ein Verhalten auch bei vielen meiner grünen Parteikollegen. In der Vergangenheit hin und wieder auch bei mir.“ Auf die Nachfrage was gültige Argumente seien, mit denen ihm jemand erklären könne, daß er für die AfD arbeitet, sagt er sinngemäß: Keine. „Wenn ich aber meinen emotionalen Kosmos, mein rationales Denken und eine kritische Distanz zu mir selbst integriere, dann habe ich wirklich keine Idee, wie mir jemand erklären könnte, daß er für die AfD arbeitet.“ Die Partei sei „grob unverantwortlich, weil sie mit dem Leugnen des menschengemachten Klimawandels die Zukunft sehr vieler Menschen und sehr vieler Naturräume aufs Spiel setzt“.

Reupert gibt zu, mehrfach aus politischen Gründen aussortiert zu haben. Das verstehe er als „gesellschaftliche Gestaltungswirkung“, das gehe über Parteipolitik hinaus. Getroffen habe es Hersteller, die „ihre Firmen an Großkonzerne verkauft haben, die als weltweite Heuschrecken-AGs an der globalen Ausbeutung und Umweltzerstörung und an der menschengemachten Erderhitzung mitwirken“. Er habe sich auch von einem lokalen Biobäcker getrennt, „der in die Reichsbürgerszene abgedriftet war und

dann auch mit dem Hitlergruß und dem Mobbing einer schwarzen Mitarbeiterin klar die Grenzen des für uns Tolerierbaren überschritten hat“.

Plessow hingegen sieht das Problem in einer „Ideologie“, der die Bio-Branche anhängt. „Die haben kein Interesse, das Problem zu lösen.“ Und er berichtet von weiteren Firmen, die ihn nach Reuperts Aktion ausgelistet haben. „Da wird einfach behauptet, die Nachfrage sei nicht mehr da. Da gab es keine wirkliche Stellungnahme, weil die Leute wahrscheinlich Angst vor rechtlichen Konsequenzen haben, wenn sie aus politischen Gründen auslisten. Als gäbe es eine Kontaktschuld.“ Aber er zeigt sich zuversichtlich: „Ich weiß von einigen Großhändlern und Bio-Supermärkten, die ich jetzt nicht nennen will, um den Druck nicht weiter zu verschärfen, daß die sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen haben, uns auszulisten.“

Den kompletten Schriftverkehr lesen sie hier

bio-mare.com www.hirsemuehle.de

Amoklauf in eine neue Welt

Migration, Gender und Klima-Wahn: Die Regeln des Zusammenlebens werden durcheinandergewirbelt

Thorsten Hinz

Die großen Entwicklungen und Konflikte im Land und in der Gesellschaft gehen weit über das Politische hinaus. Politik bedeutet, kurz gesagt, die Regelung des inner- und zwischenstaatlichen Zusammenlebens durch verbindliche Entscheidungen. Was heute zur Disposition gestellt wird, sind die kulturellen, zivilisatorischen, geistigen und sogar anthropologischen Grundlagen, auf denen Politik stattfindet und die Regeln des Zusammenlebens festgelegt werden.

Die Flutung mit Dritte-Welt-Einwanderern und das Offenhalten der Grenzen führt nicht nur zu Störungen des sozialen Friedens und ökonomischen Belastungen, sie setzen auch die Rechtsordnung außer Kraft und senken das kulturelle und zivilisatorische Niveau. Mit der Ausbreitung des Tribalismus – der Höherstellung der Stammes- und Clanloyalität über die staatliche Rechtsordnung – oder dem Phänomen der „einfachen Sprache“ kehrt ein überwunden geglaubter Primitivismus zurück. Die Zerstörung der Staatlichkeit findet nach innen wie nach außen statt. Die faktische Erhebung des Privilegs, dauerhaft nach Deutschland einzureisen, zum universellen Menschenrecht, setzt „das Recht als Einheit von Ordnung und Ortung“ (Carl Schmitt) außer Kraft. Das Land wird der Verfügung derer, die es bewohnen, es bebaut, kultiviert und ihre geschichtlichen Wurzeln hier eingesenkt haben, entzogen und zu einer Provinz des Globalismus gemacht.

Die zweite machtvolle Tendenz ist das Gender Mainstreaming. Es geht der LGBT-Bewegung (Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender) nicht mehr um die Beseitigung tatsächlicher oder vermeintlicher Diskriminierungen, sondern um die Aufhebung der traditionellen Familie und die totale Verflüssigung der binären Geschlechterrollen, auf der die Zivilisationen und Kulturen historisch beruhen. Angestrebt wird nicht weniger als eine gattungsgeschichtliche Wende, die, sollte sie gelingen, die tradierte in eine unverständliche „Welt von gestern“ verwandeln würde.

Die dritte Tendenz ist das geschürte Klima-Fieber. Ein von starken Affekten geschütteltes, krankes Mädchen, das die Leiden wegen seiner „gestohlenen“ Kindheit und Jugend auf das Klima-Problem projiziert, wird von Politik und Medien zur Galionsfigur, zum Orakel und zur Jeanne d'Arc erhoben, was Zweifel an der Urteils- und Zurechnungsfähigkeit einer Gesellschaft weckt, die sich das bieten und sich davon beeindrucken läßt.

Die genannten Trends fügen sich zu keinem kohärenten Weltbild oder Programm, sie widersprechen sich sogar fundamental. Die Einwanderer aus Macho-Kulturen nehmen das Gender Mainstreaming und seine Folgen als Zeichen von Dekadenz und Schwäche wahr und reagieren entsprechend. Die Einwanderung nach Europa erhöht den ökologischen Fußabdruck der Migranten, die hier denselben Ressourcenverbrauch wie die Einheimischen beanspruchen. Und schließlich: Die rund 150 Kohlekraftwerke in Deutschland haben eine Leistung von 45 Gigawatt. Weltweit sind Kohlekraftwerke in 59 Ländern in Planung und im Bau, die rund 670 Gigawatt liefern sollen, zusätzlich zu den 2.000 Gigawatt der im Betrieb befindlichen Werke. Angesichts dieser Größenordnung wäre es im Interesse des Umweltschutzes effektiver, wenn Deutschland sich auf die Entwicklung exportfähiger technologischer Lösungen zur Minimierung des Schadstoffausstoßes konzentrierte, als seine Werke einfach abzuschalten.

Doch rationale Argumente zählen nicht. Sie wurden als Herrschaftsinstrument des „alten weißen Mannes“, der jahrhundertlang als Herr der Weltgeschichte agierte, entlarvt, dekonstruiert und damit außer Kraft gesetzt. Der Anti-Rassismus-Diskurs, der daran anknüpft, ist eine weitere treibende Kraft unserer Zeit. Wenn Nichteuropäer zu diesem Mittel der moralischen Erpressung greifen, ist das leicht nachzuvollziehen. Neben materiellen Interessen steht dahinter ihr Wunsch, historische Minderwertigkeitskomplexe zu heilen. Der Publizist Michael Klonovsky hat die Ironie und Dialektik des Vorgangs auf den Punkt gebracht: „Wenn man sämtliche Schöpfungen des weißen Mannes von diesem Planeten entfernte, besäßen seine Ankläger weder Zeit noch Mittel, ja nicht einmal Begriffe, um ihn mit Vorwürfen zu überhäufen.“

Interessanterweise haben die Chinesen dieses Mittel nicht nötig. Sie adaptieren westliche Errungenschaften zum eigenen Vorteil, während die Europäer, insbesondere die Deutschen, sich die Attacken autoaggressiv zu eigen machen und

ihre politische, geistig-kulturelle, wissenschaftlich-technische und soziale Regression betreiben.

Der Klima-Wahn, eine Mischung aus Ideologie, geschürter Panik und Massenmobilisierung, schafft in Fortsetzung und Steigerung der „Willkommenskultur“ von 2015 die Begründung und praktischen Voraussetzungen, um einen übergesetzlichen Notstand und ein administratives Durchgriffsrecht zu installieren. Es dient aber nicht dazu, den Notstand zu beseitigen, sondern überführt ihn in einen Amoklauf, der geeignet ist, die tradierte Lebenswelt zu zerstören. Das unbewußte, geheime Ziel scheint die Erschaffung eines großen Chaos, eines vorzivilisatorischen, vitalen Urzustandes zu sein, aus dem eine neue Welt hervorgeht.

Im säkularen Endziel eines – wie der Bremer Historiker Simon Kießling in dem kürzlich erschienenen Buch „Selbstaufgabe einer Zivilisation? Eine geschichtsphilosophische Betrachtung“ formuliert – „planetarischen Humanismus“ vermischen sich apokalyptische, eschatologische und messianische Energien und Sehnsüchte zu einer Dreiheit aus Zerstörungs-, Vollendungs- und Erlösungserwartung. In der Utopie des „rasse-, volks- und nationslosen“, „geschlechtsneutralen, androgynen“ Menschen zeichnen sich neuerlich die Umrisse des in der Bibel angekündigten Neuen Menschen ab (Eph 2,15; Eph 4,24; Kol 3,10), der die Gebrechen des „Alten Adam“ abgelegt hat. In Epheser 4,24, heißt es: „(...) erneuert euch im Geist und ziehet den neuen Menschen an, der nach Gott geschaffen ist in rechtschaffener Gerechtigkeit und Heiligkeit.“ Er ermöglicht einen neuen Bund, eine Weltgemeinschaft im Geiste Christi: „Da ist nicht Grieche, Jude, Beschnittener, Unbeschnittener, Ungrieche, Skythe, Knecht, Freier, sondern alles und in allen Christus.“ (Kol 3,11)

Doch alle Versuche, die biblische Verkündigung im Irdischen zu verwirklichen, haben in Katastrophen geendet. Die Bewegung der Wiedertäufer im Zuge der Reformation führte in Münster zu einem wahnhaften, blutigen Terrorregime, das die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts vorwegnahm („Die Gegenwart der Termiten“, JF 42/18). Im 20. Jahrhundert versuchten die säkularen politischen Religionen des Sowjetkommunismus und des Nationalsozialismus, nicht nur gänzlich neue Gesellschaftsformationen, sondern auch einen Neuen Menschen zu kreieren.

Der ideale Sowjetmensch war von allen negativen Eigenschaften wie Selbstsucht, Faulheit, Dummheit, Alkoholismus gereinigt und der Sache des Sozialismus treu ergeben. Leo Trotzki schrieb 1923: „Der Mensch wird unvergleichlich stärker, klüger, feiner werden (...) der menschliche Durchschnitt wird sich bis zum Niveau eines Aristoteles, Goethe, Marx erheben.“ Das innere Leuchten strahlte nach außen: In den Massenaufmärschen und sportlichen Darbietungen paradierten kraftvolle, lächelnde, vom Vorschein des künftigen Arbeiter- und Bauernparadieses erfüllte Menschen. Die Abwesenheit jeden Zweifels in den Gesichtern machte sie freilich zum beschränkten, eindimensionalen „Homo sovieticus“.

Der Neue Mensch des Nationalsozialismus war gleichfalls kraftvoll, heroisch, schön und fruchtbar, idealistisch, selbstgewiß und – ein vulgarisierter Nietzsche. Denn dieser nordische „Über-“ benötigte als dialektisches Gegenstück den „Untermenschen“. Im übrigen wirkten die allegorischen Darstellungen in Gestalt muskulöser Männerleiber, die der Bildhauer Arno Breker für einen 240 Meter langen Relieffries der geplanten Nord-Süd-Achse in Berlin entwarf, überzuchtet und einschüchternd, eher un- als übermenschlich und nachahmenswert.

Vom Neuen Menschen der zwei totalitären Systeme blieb unterm Strich die ideologisch manipulierte und in die politische Disziplin gezwungene Persönlichkeit. Unberührt geblieben aber war die anthropologische Wurzel, die Bipolarität der Geschlechter. Für Marx und Engels war die heteronormative Familie ganz selbstverständlich die „Keimzelle der Gesellschaft“. Der ideologische Plunder ist von den meisten der Betroffenen mit dem Zusammenbruch 1945 beziehungsweise 1989 schnell wieder abgefallen.

Das Neuer-Mensch-Projekt der Gegenwart ist tiefer angelegt. Das Ideal, das es verkörpert, ist das umgeschaffene Gattungswesen. Nun schreibt aber Hannah Arendt in ihrer Untersuchung zur totalen Herrschaft, daß jeder Mensch, der geboren wird, einen neuen Anfang setzt und die Kontinuität, die das Herrschaftssystem zu unterbrechen versucht, wieder aufnimmt. Man kann ihn also – die Möglichkeit des operativen oder genetischen Eingriffs beiseite gelassen – durch Dauerkonditionierung allenfalls zu einem Neurosenbündel verformen, das vom „Alten Adam“ der davon unberührt gebliebenen Migranten gestellt und außer Kraft gesetzt werden wird. Hier liegt einer der überpolitischen Kernkonflikte, die zur Entscheidung drängen.

Schwächelnder Leviathan: Klima statt innerer Sicherheit

Lob der Grenze

Martin Wagener

Kein anderes Thema dominiert derzeit die mediale Berichterstattung so sehr wie die Klimapolitik. Parallel dazu sind Fragen der inneren Sicherheit ins zweite Glied gerückt. Auffällig ist, mit welcher Intensität politische Entscheidungsträger und die öffentlich-rechtlichen Medien plötzlich das Thema beackern. Das zentrale Motiv für diese Vorgehensweise läßt sich klar benennen. Nach 2015 haben beide Seiten gelernt, daß die permanente Diskussion der Flüchtlings- und Migrationskrise vor allem der AfD genutzt hat. Nun wird der Spieß umgedreht. Die Aufmerksamkeit der Bevölkerung ist auf ein neues Schwerpunktthema gelenkt worden, um der immer noch recht neuen Partei rechts der Mitte das Wasser abzugraben.

Die Flüchtlings- und Migrationskrise hält derweil an. Von 2015 bis 2018 haben 1.524.517 Menschen einen Erstantrag auf Asyl in Deutschland gestellt. Weitere 98.428 Anträge folgten im Zeitraum von Januar bis August 2019, weshalb von einer Entschärfung der Lage nicht die Rede sein kann. Vielmehr ist eine Stabilisierung auf hohem Niveau festzustellen. In jedem Jahr von 1999 bis 2012 haben weniger Menschen einen Erstantrag auf Asyl gestellt, als dies 2019 bereits der Fall ist. Wer eine Entschärfung der Lage bewirken will, muß zurück zum Zustand von 2007. Damals gab es nur 19.164 Erstanträge auf Asyl.

Parallel dazu muß das von 1990 bis 2015 bei über 70 Prozent liegende Vollzugsdefizit im Bereich der Abschiebungen reduziert werden. Dies ist auch deshalb notwendig, weil die Gesamtschutzquote von Januar bis August 2019 bei lediglich 37,3 Prozent lag. Das Asylrecht wird in der Gesellschaft nur dann langfristig akzeptiert bleiben, wenn Wirtschaftsflüchtlinge – im angegebenen Zeitraum also 62,7 Prozent – konsequent und zeitnah abgeschoben werden.

Perspektivisch wird Deutschland mit einem noch weitaus schärferen Migrationsdruck umgehen müssen, der heute kaum vorstellbare Ausmaße annehmen wird. In Afrika leben derzeit über 1,3 Milliarden Menschen. Etwa alle zwölf Tage wächst die Bevölkerung des Kontinents um eine Million weitere Erdenbürger. Laut Afrobarometer tragen sich 37 Prozent von ihnen mit dem Gedanken, ihr Land zu verlassen. Dies hat einen Grund: Die schwachen, meist autoritären Staaten Afrikas sind nicht in der Lage, ihren Menschen Zukunftsperspektiven zu eröffnen, weil sie selbst Opfer des hohen demographischen Drucks geworden sind.

Die reichen Industriestaaten, vor allem die Bundesrepublik, wirken da wie ein Magnet. Ein Vergleich der Wirtschaftskraft macht dies deutlich. Der globale Anteil Deutschlands am Bruttoinlandsprodukt lag 2018 bei 4,66 Prozent, was mehr als dem Doppelten der kompletten Subsahara entspricht, die gerade einmal 1,98 Prozent erzielen konnte. Dies ist einer der zentralen Pull-Faktoren für die Migration aus dem Süden in den Norden.

Will die Bundesregierung auf die vor diesem Hintergrund absehbaren Szenarien vorbereitet sein, wird ihr gar nichts anderes übrigbleiben, als eine physisch sichtbare Grenzanlage zu bauen, die von Grenztruppen bewacht wird. Nur so ist es möglich, den Stürmen der Zukunft aus eigener Kraft gewachsen zu sein. Die aktuelle Politik folgt dagegen dem Prinzip Hoffnung. Dazu gehören auch Appelle an Recep Tayyip Erdogan, das 2016 mit der Europäischen Union geschlossene Flüchtlingsabkommen zu beachten. Der türkische Präsident hat in den vergangenen Wochen gleich mehrfach gedroht, die Schleusentore wieder zu öffnen (und es zur Warnung auch ein wenig getan).

Wenn Menschen meist afrikanischer Herkunft ohne jede Einschränkung ganz offen Drogen im Görlitzer Park in Berlin verkaufen können, dann signalisiert der Staat seinen Bürgern: „Wir haben diesen Teil der Hauptstadt aufgegeben.“

Derzeit leben über 3,6 Millionen Flüchtlinge aus Syrien in der Türkei. Die deutsche Flüchtlings- und Migrationskrise könnte somit jederzeit von Erdogan verschärft werden, was zeigt, wie sehr sich die Bundesregierung in dieser Frage von ihm abhängig gemacht hat. Am Bosphorus hat man dagegen die Zeichen der Zeit frühzeitig erkannt. Hätte Erdogan ab 2014 nicht eine Mauer an der Grenze zu Syrien bauen lassen, die von Grenztruppen gesichert wird, wären weitaus mehr Flüchtlinge in die Türkei gekommen.

Offene Grenzen sind für Deutschland aber noch aus einer zweiten Perspektive ein Problem. Sie ermöglichen es auch internationalen Kriminellen, weitgehend ungestört zu agieren. Zu nennen sind verschiedene Formen der Bandenkriminalität, reisende Tätergruppen, Vertreter der organisierten Kriminalität, Schmuggler (unter anderem Drogen, Waffen) und Schleuser (Menschenhandel), gewaltbereite Demonstranten, Terroristen und – während der stärksten Phase des „Islamischen Staates“ – die Foreign Fighters. Die Aktivitäten dieser transnational operierenden Gruppierungen könnten erheblich gestört werden, wenn Deutschland an seiner Außengrenze systematisch Kontrollen durchführen würde. Bestimmte kriminelle Vergehen wie der Menschenhandel würden dadurch komplett zum Erliegen kommen.

Kontrollen wirken, wie dies im Vorfeld des G7-Gipfeltreffens in Elmau 2015 oder des G20-Gipfeltreffens 2017 in Hamburg demonstriert wurde. Die Polizei konnte in wenigen Tagen mehrere hundert Haftbefehle vollstrecken und mehrere tausend Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz feststellen. Wenn die Wiederherstellung von Recht und Ordnung so einfach ist, warum geht die Politik dann nicht einen Schritt weiter?

In einem Buch habe ich 2018 vorgeschlagen, eine mehrstufige Grenzanlage zu errichten, die Deutschland die Kontrolle über sein Territorium wiedergibt. Die Studie hat gezeigt, daß ein solches Projekt technisch und finanziell ohne größere Probleme umsetzbar ist. Eine postmoderne Grenzanlage würde zudem nicht isolationistisch wirken. Berechtigte Unternehmer, Grenzpendler, Touristen oder Studenten könnten jederzeit ein- und ausreisen. Sie müßten sich dabei allerdings an großen Grenzübergangsstellen einer Kontrolle unterziehen. Der dadurch erzielbare Gewinn für die innere Sicherheit wäre immens.

In der aktuellen Lage ist die Idee einer Grenzanlage natürlich nicht durchsetzbar. Unter Anhängern der Union gibt es dafür zwar eindeutig Sympathien, sicher aber nicht bei der SPD und den Grünen. Da die Partei Konrad Adenauers derzeit vor allem linke Bündnisse anstrebt, wird sie alles tun, um die Koalitionspartner nicht zu verschrecken. Vielmehr soll um sie geworben werden. In der Agenda-Setzung kann dies logisch dann nur bedeuten: weniger innere Sicherheit, mehr Klimapolitik.

Das Ergebnis dieser Prioritätensetzung ist ein schwächelnder Leviathan, was wahrlich kein neuer Befund ist. Er wird gleichwohl immer sichtbarer. Dies gilt nicht nur für den maroden Zustand der Bundeswehr, sondern auch für eine unterfinanzierte

Bundespolizei. Zudem gelingt es den Sicherheitsbehörden offensichtlich nicht mehr, zeitnah genügend Personal zu gewinnen. Im Sommer 2018 waren beim Bundesnachrichtendienst 970 Planstellen unbesetzt, beim Bundesamt für Verfassungsschutz sogar über 1.000. Auch die Bundeswehr sucht verzweifelt Nachwuchs.

Die Polizei hat sich wiederum aus zahlreichen Stadtteilen mit hoher Kriminalitätsrate de facto zurückgezogen. Wenn Menschen meist afrikanischer Herkunft ohne jede Einschränkung ganz offen Drogen im Görlitzer Park in Berlin verkaufen können, dann signalisiert der Senat seinen Bürgern: „Wir haben diesen Teil der Hauptstadt aufgegeben.“ Das Vertrauen in den Rechtsstaat wird dadurch untergraben. Wie schwach der Sicherheitsapparat mittlerweile ist, zeigt vor allem die Zahl der offenen Haftbefehle. Am 28. März 2019 lag sie bei 185.736.

Der Gesellschaftsvertrag wird langfristig nur aufrechtzuerhalten sein, wenn der Leviathan seinen Verpflichtungen nachkommt. Lebt der Naturzustand irgendwann wieder auf, wird sich niemand mehr für Klimapolitik interessieren.

Die derzeitige Fixierung auch der Union auf die Klimapolitik enthüllt geradezu, warum die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf diese Thematik gelenkt werden soll. Aus der Sicht der Bundesregierung geht es dabei um die Rettung des Planeten. Folgerichtig sollen die Bürger lernen, daß Themen wie illegale Einwanderung und Ausländerkriminalität weniger bedeutsam sind, weshalb sie in einem gewissen Ausmaß geduldet werden müssen. Denn eines ist offensichtlich: CDU und CSU haben seit 2015 ihren zuvor uneingeschränkten Status als Partei der inneren Sicherheit verloren. Sie versuchen nun, dies über neue Formen der Profilierung als Umweltpartei im Kompetenzprofil auszugleichen. Dem Themenwechsel liegt also primär ein machtpolitisches Kalkül zugrunde. Um die Sache allein kann es kaum gehen. Der deutsche Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen lag 2017 bei gerade einmal 2,21 Prozent.

Die Lage ist somit paradox. Die Bundesregierung investiert in eine Klimapolitik, die absehbar kaum Erfolge zeitigen wird. Zugleich vernachlässigt sie die innere Sicherheit, obwohl sie in diesem Segment jederzeit Instrumente einsetzen könnte, um Kriminalität und illegale Zuwanderung nachhaltig zu reduzieren.

So bleibt es im einstigen Kompetenzfeld bei Absichtserklärungen. Im Masterplan Migration 2018, der vom Bundesinnenministerium erstellt worden ist, heißt es: „Wir müssen wissen, wer sich in unserem Land aufhält.“ Im Februar 2019 erklärte die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer, daß eine Grenzschießung als „Ultima ratio“ denkbar sei. Im selben Monat hat der bayerische Innenminister Joachim Herrmann angedacht, ein europäisches Ein- und Ausreiseregister zu schaffen.

Dies ist alles schön und gut, aber ohne den Bau einer Grenzanlage und ohne systematische Kontrollen nicht machbar. Erneut greift das machtpolitische Kalkül.

Natürlich wissen die Verantwortlichen, daß ihre Forderungen nicht umsetzbar sind. Sie werden dennoch erhoben, um konservative Wähler zurückzugewinnen.

Eine solche Placebo-Politik hat viele Facetten. Zu ihnen gehört auch die halbjährlich wiederholte Verlängerung der Genehmigung von Kontrollen an der Grenze zu Österreich, mit der aber letztlich nur vorgetäuscht werden kann, die verheerenden Folgen des Schengen-Systems in den Griff zu bekommen. Im Zufallsverfahren gelingt es der Bundespolizei dabei natürlich, illegale Einwanderer und Kriminelle festzusetzen. Da aber nur an sehr wenigen Grenzübergängen Kontrollen durchgeführt werden, ist die illegale Einreise weiterhin jederzeit möglich.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz, die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und die Landeskriminalämter legen Jahr für Jahr Berichte vor, aus denen sich sehr eindeutige Handlungsempfehlungen ableiten lassen. Sie werden zu großen Teilen ignoriert, das übliche Durchwursteln dominiert Regierungsentscheidungen in Fragen der inneren Sicherheit. Der Gesellschaftsvertrag wird langfristig gleichwohl nur aufrechtzuerhalten sein, wenn der Leviathan seinen Verpflichtungen nachkommt. Lebt der Naturzustand irgendwann wieder auf, wird sich niemand mehr für Klimapolitik interessieren. Deutschland hätte dann ganz andere Sorgen.

Prof. Dr. Martin Wagener, Jahrgang 1970, unterrichtet seit 2012 Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Politik an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl und Berlin. Zuvor war er seit 2009 Juniorprofessor an der Universität Trier. Im August 2018 ist sein Buch „Deutschlands unsichere Grenze. Plädoyer für einen neuen Schutzwall“ erschienen. Auf dem Forum schrieb er zuletzt über den UN-Migrationspakt („Der Hebel von Marrakesch“, JF 49/18).